

RAPPERSWIL-JONA

# Aktion «Tschau Shtau» erwischt Fasnächtler auf dem falschen Fuss

Eines der beliebtesten Fasnachtssujets in Rapperswil-Jona ist der Stadtbus-Slogan «Tschau Shtau». Doch die Fasnächtler müssen sich die Augen reiben.

Die Busbetreiberin VZO legt in Rapperswil-Jona erstaunliche Zahlen vor. 2012 stiegen die Passagierzahlen gegenüber dem Vorjahr 2011 um satte 11,3 Prozent auf 1,53 Millionen Passagiere. Dabei gibt es kaum Zweifel, dass die gross angelegte Werbeaktion «Tschau Shtau» viel zu diesem Passagierzuwachs beigetragen haben muss. Weder wurde im Berichtsjahr das Busnetz ausgebaut, noch wurden die Fahrzeiten verändert.

Bei der VZO und bei der Stadt Rapperswil-Jona freut man sich über die positive Entwicklung. VZO-Direktor Werner Trachsel sprach angesichts der Steigerung in der «Südostschweiz» von einer «aussergewöhnlichen Entwicklung».

Noch Steigerungspotenzial

Die VZO schöpft dank dem «Tschau Shtau»-Erfolg Mut und will die Passagierzahlen weiter steigern. Dabei stützt sich die Busbetreiberin auf die Vergleichszahlen mit Uster. Dort wird der Bus bezogen auf die Bevölkerungszahl etwa doppelt so stark genutzt wie in Rapperswil-Jona.

Steigerungspotenzial besteht auch beim Kostendeckungsgrad. Im grösstmässig vergleichbaren Uster decken die Passagiere 70 Prozent der Buskosten, in Rapperswil-Jona sind es bloss rund 40 Prozent. Eine Verbesserung in Rapperswil-Jona verspricht



Wenige Buchstaben – viel Wirkung: Die PR-Aktion «Tschau Shtau» scheint zu funktionieren.

Foto: Adrian Huber

sich die VZO mit einer weiteren Steigerung der Passagierzahlen. Dazu wiederum müsste aber das Angebot verbessert werden. In Uster verkehren die Busse während der gesamten Betriebszeit im Viertelstundentakt. Das kostet natürlich Geld.

Auch die Fasnacht hilft

Wie Trachsel ausführte, trugen auch die Bemühungen bei den örtlichen Arbeitgebern zur erhöhten Busnutzung

bei. Meist stünden bei den Firmen zu wenig Parkplätze zur Verfügung, womit das Interesse der Firmenverantwortlichen steige, dass die Mitarbeitenden mit dem Bus zur Arbeit kommen. Trachsel schätzt, dass auch die intensive Diskussion um die Verkehrsbelastung viel zur besseren Busnutzung beigetragen habe. Man wisse heute, dass nicht nur der Durchgangsverkehr ein Problem sei, sondern auch der Binnenverkehr.

Allerdings erwischen die erfreulichen Buszahlen die Rapperswiler Schellegoggi-Zunft mit ihrem Fasnachtsmotto «Tschau Shtau» auf dem falschen Fuss. Denn: «Tschau Shtau» funktioniert. Und trotzdem müssen sich die Zünftler nicht verstecken. Der VZO-Direktor fühlt sich sogar geehrt, dass seine Kampagne zum Fasnachtsmotto wurde. «Es hält den Umstieg auf den Bus im Gespräch», sagt er.

Bruno Hug

REVIDIERTES RAUMPLANUNGSGESETZ

# Mehrwertabgabe oder Zwangsversteuerung?

PRO



**Silvia Kündig-Schlumpf (58) aus Rapperswil, Kantonsrätin Grüne SG und Mitglied UGS Linth:**  
«Am 3. März werde ich froh-

gemut ein Ja zur Revision des Raumplanungsgesetzes in die Urne legen, weil damit Bund, Kantone und Gemeinden in Zusammenarbeit die räumliche Ordnung der Bautätigkeit regeln. Die Antwort der Regierung auf die Interpellation «Zukunft der Linthebene», die alt Kantonsrat Roman Ricklin und ich 2004 eingereicht haben, zeigte deutlich auf, dass zusätzlich zum kantonalen Richtplan ein Dach notwendig ist. Die Interpellation verlangte nach Antworten auf einen Schutzstatus für das von der Zersiedelung bedrohte Linthgebiet, um die Siedlungsentwicklung über die Gemeinde- und Kantons-grenzen hinaus zu lenken. Der Benker Büchel, das Kaltbrunner Riet und die Grosse Allmeind in Schmerikon sind als Landschaftsschutzgebiet von nationaler Bedeutung. Die siedlungsgliedernden Freiräume zwischen Uznach, Kaltbrunn und Benken werden gemäss Richtplan von Bauten und Anlagen freigehalten. Da wundere ich mich,

dass bis anhin eine geplante Umfahrungsstrasse, ein neues Einkaufszentrum, ein Freizeitpark, welche das Schutzgebiet tangiert hätten, und Überbauungen am Oberseeufer zur Abstimmung gelangen konnten.

Das revidierte Raumplanungsgesetz gleicht aus, denn es berücksichtigt das Zusammenspiel von Ökologie, Raumordnung, Landwirtschaft, (Nah-)Erholung und Infrastrukturen gleichermaßen. Riesige Bauzonen werden verkleinert. 20 Prozent der lottoähnlichen Gewinne von jährlich zwei Milliarden Franken können aus der Umwandlung von Wiese in Bauland abgeschöpft werden. Geld, das die Verluste bei der Rückzonung abgelenkt wird. Der Ballon platzt, wenn er zu stark aufgeblasen wird ...»

KONTRA



**Adrian Gattiker aus Altdorf (54), Präsident Hauseigentümerverband March-Höfe:**  
«Das Wohnen würde für alle teurer werden.

Der Hauseigentümerverband des Kantons Schwyz, der Kantonal Schweizerische Gewerbeverband sowie der Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz (H+I) sagen Nein zur revidierten Raumplanungsrevision. Dies tun sie aus folgenden Gründen: Die RPG-Revision bringt zusätzliche Zwangs-

abgaben. Sogenannte «Planungsmehrwerte» sind künftig abgabepflichtig: Bei der Überbauung eines Grundstücks oder bei dessen Veräusserung muss der Eigentümer dem Staat mindestens 20 Prozent des realisierten Mehrwerts abliefern. Angesichts des knappen Bodenangebots wird der Bauherr die Abgabe auf die Mieter und Wohneigentümer abwälzen. Einmal mehr sind somit die Familien, der Mittelstand und das Gewerbe die Verlierer.

Die RPG-Revision will die Bauzonen begrenzen: Nur für den «vorausgerichteten Bedarf für fünfzehn Jahre» darf eingezont werden. Diese künstliche Verknappung des Baulands heizt die Bodenpreise zusätzlich an. Die Folge: Wohnen wird für alle teurer!

Die Raumplanung ist traditionell eine Aufgabe von Gemeinden und Kantonen: Heute gibt der Bund nur die Leitplanken vor. Mit der RPG-Revision wäre aber Schluss mit den kommunalen und kantonalen Kompetenzen. Es würde auch eine Verknappung des Bodenangebots bewirken: Weil die Bauzonen auf 15 Jahre hinaus begrenzt werden müssen, will der Bund die Kantone zu Rückzonungen zwingen. Die Rückzonung von Bauland in die Landwirtschaftszone ist mit massiven Wertverlusten verbunden. Der Schaden für die Grundeigentümer, aber auch die Kostenfolgen für die öffentliche Hand sind enorm.»

Darum geht es bei der Abstimmung

Ziel der Vorlage ist es, die Zersiedelung zu bremsen, indem weniger neues Bauland eingezont wird und dafür bestehende Siedlungsflächen dichter bebaut werden. So könne das Kulturland besser geschützt werden. Die Mehrwertabgabe sei gerecht, weil der Besitzer des Landes Gewinn mache, ohne dafür eine Leistung erbringen zu müssen. Miet- und Bodenpreise würden keineswegs steigen, weil es immer noch so viel Bauland gebe, wie

nachgefragt werde. Gegner argumentieren, dass genau wegen mangelndem Bauland Miet- und Bodenpreise steigen würden. Die Kantone müssten Bauland zurückzonen und die Besitzer entschädigen. Dies bedeute hohe Kosten für die Kantone, die neue Mehrwertabgabe reiche dazu nicht aus. Kantone und Gemeinden würden vom Bund bevormundet, auch würde der Verwaltungsaufwand enorm steigen.

KANTON ST. GALLEN

## Regierung will bediente Fumoirs

Der St. Galler Regierungsrat hat einen Entwurf zu einem neuen Anti-Rauchergesetz vorgelegt. Es sollen wieder bediente Fumoirs erlaubt werden, so wie es auch in den Umliegenderkantonen Praxis ist. Regierungspräsident Martin Gehrer schreibt in seinem Antrag, es sei geplant, das neue Anti-Rauchergesetz auf den 1. November einzuführen. Der Kantonsrat wird in der kommenden Februar-Session darüber befinden.

KANTON SCHWYZ

## 79,5 Mio. Gewinn für Kantonbank

Die Schweizer Kantonbank hat sich in einem anspruchsvollen Umfeld erfolgreich behauptet. Wie es in einer Mitteilung heisst, erhöhte sich der Gewinn um 1,1 Prozent auf 79,5 Millionen Franken. Der Bruttogewinn konnte auf 132,5 Millionen Franken gesteigert werden (6,8 Prozent). Die Bilanzsumme stieg um 4,2 Prozent auf rund 13,6 Millionen Franken. Das Eigenkapital vor Gewinnverwendung wurde um 4,9 Prozent auf 1375,2 Millionen Franken verstärkt.

KANTON SCHWYZ

## Energiewende: Ja, aber ...

Der Schweizer Regierungsrat unterstützt in seiner Antwort auf die Vernehmlassung zur Energiestrategie 2050 des Bundes die Neuausrichtung der Energiepolitik mit einer verstärkten Energieeffizienz und einer Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die Staatskanzlei teilt mit, dass der Regierungsrat jedoch eine stärkere Berücksichtigung von marktwirtschaftlichen Lösungen fordert und sich gegen ein Verbot einzelner Technologien ausspricht.

REICHENBURG

## Kanton zahlt an Speerstrasse

Wie das Schwyzer Baudepartement mitteilt, ist der Kanton bereit, sich künftig an den Kosten für den Betrieb und den Unterhalt der Speerstrasse in Reichenburg zu beteiligen. Denn sie wird überwiegend als Zubringer für die Autobahn benützt und entlastet die Ortsdurchfahrt Reichenburg. Sie bleibt aber nach wie vor Eigentum der Linthebene-Melioration. In den kommenden Monaten soll die Speerstrasse sukzessive instand gestellt werden. Eine Verbreiterung ist nicht vorgesehen.

**hegerfenster**  
Heger Fenster AG  
CH-8854 Galgenen  
Telefon 055 450 60 30  
www.hegerfenster.ch